TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A) BEBAUUNGSPLAN

Festsetzungen gemäß § 9 BauGB und Art. 81 BayBO

1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB)

1.1 Mischgebiet (§ 6 BauNVO)

1.1.1 In Wohngebäuden im Mischgebiet ist folgende Anzahl von Wohnungen zulässig: - im MI1 und MI1.1 höchstens eine Wohnung je 250 m² Grundstücksfläche - im MI2 und MI3 höchstens eine Wohnung je 150 m² Grundstücksfläche Bei der Ermittlung der zulässigen Wohnungszahl ist das Ergebnis kaufmännisch zu runden (Hinweis: bei der Grundstücksfläche sind festgesetzte private Grünflächen mitzurechnen).

1.2 Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO)

1.3 Gewerbegebiet mit Einschränkung (§ 8 BauNVO)

Zulässig sind nur Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören. 1.4 Flächen für Gemeinbedarf (Bauhof/Feuerwehr)

2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 ABS.1 NR.1 BAUGB)

2.1 Zulässige Grund-/ Geschossfläche

NUTZUNG	GRUNDFLÄCHENZAHL GRZ § 17 i.V.m. § 19 BauNVO	GESCHOSSFLÄCHENZAHL GFZ § 17 i.V.m. § 20 BauNVO		
MI	0,6	0,8		
GE / GEmE	0,8	0,8		
Bauhof/Feuerwehr	0,6	0,8		

2.2 Höhe baulicher Anlagen

2.2.1Wandhöhe Garagen/Carports/Nebengebäude max. 3.50 m Geschäfts-/Büro-/Wohngebäude max. 7,50 m Betriebsgebäude

Die Wandhöhe ist zu messen von der natürlichen Geländeoberfläche bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut an der Traufseite oder bis zum oberen Abschluss der Wand.

3 FIRSTRICHTUNG (§ 9 ABS.1 NR. 2 BAUGB) Eine detaillierte Firstrichtung wird nicht festgesetzt.

Die Firstrichtung hat jedoch parallel zur längeren Gebäudeseite zu verlaufen. 4 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (ART. 81 BAYBO)

Bei PD/ FD auch extensive Dachbegrünung zulässig

Ortgang und Traufe max. 0,50 m

4.1 Gestaltung baulicher Anlagen 4.1.1 Garagen/Carports/Nebengebäude

Satteldach (SD)/ Pultdach (PD)/ Flachdach (FD) Dachneigung: SD max. 24° PD max. 12° Dachdeckung: alle harten Deckungen Farbgebung: rot, rotbraun, grau, anthrazit

Dachüberstand: Ortgang und Traufe max. 0,80 m Dachgaupen: 4.1.2 Geschäfts-/Büro-/Wohngebäude

Dachform: Satteldach (SD)/ Pultdach (PD) Dachneigung: max. 24° Dachdeckung: alle harten Deckungen Farbgebung: rot, rotbraun, grau, anthrazit

Bei PD auch extensive Dachbegrünung zulässig Dachüberstand: Dachgaupen: 4.1.3 Betriebsgebäude

Dachform: Satteldach (SD)/ Pultdach (PD)/ Flachdach (FD) Dachneigung: max. 24° Dachdeckung: alle harten Deckungen Farbgebung: rot, rotbraun, grau, anthrazit Bei PD/ FD auch extensive Dachbegrünung zulässig Ortgang und Traufe max. 0,80 m

Dachüberstand: Überdachungen von Eingangsbereichen/ Anlieferung etc. sind bis zu einer Tiefe von 3,00 m zulässig Dachgaupen:

flächen im Norden des Gebietes, sind im Abstand von 35.0 m zum Baumbestand der angrenzenden Waldflächen ausgewiesen. Hier sind bauliche Anlagen nur für untergeordnete Nutzungen (Lagerflächen, Stellplätze etc.) zulässig. Andernfalls sind Gebäude mit entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen (verstärkter Dachstuhl,

4.2 Beschränkt bebaubarer Bereich

Sargdeckelkonstruktion etc.) zu errichten 4.3 Abstandsflächen

Unabhängig von den planerischen Festsetzungen durch Baugrenzen im Bebauungsplan gelten für die Abstandsflächen ausschließlich die Bestimmungen gemäß Art. 6 der BayBO. Bei der Errichtung von Gebäuden wird dabei die Anwendung des Art. 6 Abs. 5 Satz 1 und 2 angeordnet. Die Tiefe der Abstandsflächen bemisst sich nach der Wandhöhe. Maßgebend bei der Ermittlung der Abstandsflächen ist dabei die natürliche Gelände-

Die im Bebauungsplan mit Auflagen ausgewiesenen überbaubaren Grundstücks-

Werbeanlagen an baulichen Anlagen dürfen nicht über die Fassadenoberkante hin-

4.4 Werbeanlagen

ausragen. Freistehende Werbeanlagen (Werbemasten, Werbepylone etc.) dürfen eine Höhe von max. 9,00 m über dem natürlichen Gelände nicht überschreiten. Bei Lichtreklamen sind grelle Farben, Farbmischungen und Wechsellicht unzulässig. 4.5 Einfriedungen

Zaunhöhe: Sockel:

Art und Ausführung: Holzlattenzaun, Metallzaun, Maschendrahtzaun, lebende Zäune max. 1,80 m ab fertigem Gelände unzulässig

4.6 Gestaltung des Geländes Abgrabungen/Aufschüttungen

ulässig sind Abgrabungen und Aufschüttungen bis max. 1,00 m. Im Bereich der Bauquartiere GE 5, GE 8.2, GE 10, GE 18 und GE 19 sind Aufschüttungen bis max. 2,50 m zulässig.

Stützmauern sind bis zu einer Höhe von 1,50 m zulässig. Stützmauern im Bereich baulicher Anlagen (Außentreppen/ Anlieferung etc.) sind bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig. Stützmauern im Bereich von Grundstücksgrenzen sind unzulässig.

Weitere Geländeunterschiede sind als natürliche Böschungen auszubilden. Bezugspunkt für Abgrabungen/Aufschüttungen und Stützmauern ist die natürliche Geländeoberfläche. Die Geländehöhen sind auf die jeweiligen benachbarten Grundstücke abzustimmen. Im Bauantrag sind sowohl die bestehenden als auch die ge-

planten Geländehöhen darzustellen Maßgebend für die Ermittlung der Wandhöhen ist die natürliche Geländeoberfläche.

5 SCHALLSCHUTZ Gewerbelärm

Es sind nur Betriebe zulässig, deren mittlere Schallabstrahlung (einschließlich Fahrverkehr auf dem Betriebsgrundstück) pro Quadratmeter Grundstücksfläche die festgesetzten immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel (L www) nicht überschreiten:

Fläche	Größe L _{WA/m²} tagsüber L _{WA/m²} nac	L _{wA/m²} nachts	
Tiache	m²	6.00-22.00 Uhr	22.00-6.00 Uhr
MI 1	1.831	61 dB(A)	44 dB(A)
MI 1.1	1.466	61 dB(A)	44 dB(A)
MI 2	1.065	63 dB(A)	45 dB(A)
GE 5	3.760	59 dB(A) 44 dB(A)	
GE 8.2	742	59 dB(A)	44 dB(A)
GE 9	4.954	61 dB(A)	46 dB(A)
GE 10	3.111	61 dB(A)	46 dB(A)
GEmE 12	4.162	63 dB(A)	48 dB(A)
GE 13	1.444	59 dB(A)	44 dB(A)
GE 14	1.301	61 dB(A)	46 dB(A)
GE 15	429	61 dB(A)	46 dB(A)
GE 16	3.455	61 dB(A)	46 dB(A)
GEmE 17	1.673	60 dB(A)	45 dB(A)
GE 18	2.928	63 dB(A)	48 dB(A)
GE 19	1.081	63 dB(A)	48 dB(A)
Gemeinbedarf	3.732	60 dB(A)	45 dB(A)

Für folgende Gewerbeflächen innerhalb des bisherigen "Gewerbegebietes - An der Landshuter Straße" wurden die Festsetzungen entsprechend den Festsetzungen des bisherigen Bebauungsplanes "Gewerbegebiet - An der Landshuter Straße"

Für die im Plan dargestellten Immissionspunkte IP 01 bis IP 07 gelten die in den nachfolgenden Tabellen aufgeführten immissionswirksamen Flächenschallleistungspegel.

Tagzeit (6.00 - 22.00 Uhr)	IP 01	IP 02	IP 03	IP 04	IP 0
MI 3 (3.018 m²)	66,5	58,0	56,0	58,0	66.
GEmE 4 (1.115 m²)	68,5	67,5	67,5	63,0	60.
GE 6 (1.408 m²)	67,5	59,0	56,0	57,0	68,
GE 7 (1.026 m²)	67,5	57,0	56,0	57,0	68,
GE 8 (2.122 m²)	67,5	57,0	55,5	57,0	68,
GE 8.1 (1.552 m²)	67,5	57,0	55,5	57,0	68,
GE 11 (907 m²)	67,0	63,0	60,0	57,5	68,
GE 12.1 (732 m²)	67,0	63,0	60,0	57,5	68,
Nachtzeit (22.00 - 6.00 Uhr)	IP 01	IP 02	IP 03	IP 04	IP (
MI 3 (3.018 m²)	56,5	43,0	43,0	46,0	55,
GEmE 4 (1.115 m²)					
GE 6 (1.408 m²)	62,5	51,0	47,5	48,0	59,
GE 7 (1.026 m²)	57,5	43,0	41,5	44,0	54,
GE 8 (2.122,m²)	56,5	42,0	40,0	44,0	53,
GE 8.1 (1.552 m²)	56,5	42,0	40,0	44,0	53,
GE 11 (907 m²)	55,0	45,0	45,0	43,5	55,
GE 12.1 (732 m²)	55,0	45,0	45,0	43,5	55,

Die Berechnung der Immissionswert-Anteile erfolgte nach der Richtlinie VDI 2714 "Schallausbreitung im Freien" unter alleiniger Berücksichtigung des Abstandsmaßes. Das Abstandmaß (L_s) berechnet sich aus: $L_s = 10 \log(4 \pi s^2/s_0^2)$ in dB

s = Abstand zwischen Schallquelle und Immissionspunkt in Meter s₀ = Referenzgröße 1 Meter

Die Rechenvorschriften der VDI 2714 "Schallausbreitung im Freien" sind zu beachten. Der Einfallswinkel beträgt 180° und wird durch die Fassaden bestimmt. Die Höhe der Schallquelle liegt bei 2 m über Gelände.

Bei der Neuerrichtung und Änderung von Bauvorhaben bzw. im Genehmigungsverfahren ist mit der Bauaufsichtsbehörde die Vorlage eines Lärmschutzgutachtens auf Basis der Ermächtigung der BauVorlV abzustimmen.

Für ausnahmsweise zulässige Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter im Bereich zwischen der 50 dB(A)-Linie und der Staatsstraße St 2040 (Landshuter Straße) sind Schlaf- und Kinderzimmer so zu orientieren, dass ein Fenster an einer lärmunbelasteten Fassade zur Belüftung vorhanden ist. Ansonsten ist eine schallgedämpfte Lüftungseinheit (z. B. Schalldämmlüfter) erforderlich. Diese müssen eine bewertete Normalschallpegeldifferenz von mindestens 40 dB aufweisen.

B) GRÜNORDNUNGSPLAN Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB

6 VERKEHRSFLÄCHEN, STELLPLÄTZE UND ZUFAHRTEN Untergeordnete bzw. gering belastete Verkehrsflächen und sonstige, aufgrund ihrer Nutzung nicht zwingend zu befestigende Flächen sind mit Ausnahme aller Bereiche, wo grundwassergefährdende Stoffe anfallen oder von denen eine erhöhte Verschmutzungsgefahr ausgeht mit un- oder teilversiegelten Belägen zu

Eine Versiegelung ist zudem nur in dem Umfang zulässig, wie es eine einwandfreie Benutzung der Verkehrsflächen erfordert und andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen. Im Sinne des Bodenschutzes ist wasserdurchlässigen Deckschichten der Vorrang einzuräumen. Vorgesehen sind hierbei Beläge mit geringem Abflussbeiwert, hoher Luft- und Wasserdurchlässigkeit wie Porenpflaster, Rasenfugenpflaster, Sandfugenpflaster, Rasengitterpflaster, Schotterrasen und vergleichbare Beläge.

7 SCHUTZ UND ERHALT BESTEHENDER GEHÖLZE Bestehender und zu erhaltender Gehölzbestand ist vor und während der Baumaßnahmen vor Schädigungen zu schützen. Grundlage hierfür bildet die DIN 18920 in der jeweils neuesten Fassung.

8 NICHTÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN Die nichtüberbaubaren Grundstücksteilflächen sowie die nicht anderweitig für betriebliche Zwecke genutzten Freiflächen innerhalb des Planungsbereiches sind als Pflanzflächen auszubilden. Diese sind entweder als Rasen- oder Wiesenflächen zu gestalten bzw. flächig mit Bodendeckern zu versehen und gegebenenfalls mit Gehölzen zu überstellen Eine Befestigung innerhalb dieser Flächen ist nur für Zugänge, Zufahrten, Stellplätze, Aufenthaltsbereiche und Einfriedungen zulässig.

9 PFLANZMASSNAHMEN 9.1 Baumanteil

Zur Begrünung der nichtüberbaubaren Grundstücksflächen sind Bäume 1. und 2. Ordnung sowie Sträucher und Bodendecker jeweils gemäß den Artenlisten, den festgesetzten Mindestqualitäten und den festgesetzten Standorten zu ver-In den Gewerbequartieren ist je angefangener 1.000 qm privater Fläche mindestens ein Gehölz 1. Ordnung bzw. zwei Gehölze 2. Ordnung (Arten entsprechend den Artenlisten 13.1 und 13.2 sowie den festgesetzten Mindestqualitäten) zu pflanzen. Bei Gehölzpflanzungen im Bereich der Verkehrsflächen ist auf das Straßenraumprofil zu achten.

Angerechnet werden kann hierbei die Pflanzung von Bäumen im Bereich der

9.2 Anpflanzung von Bäumen entlang der Erschließungsstraße innerhalb öffentlicher Grünflächen (Straßenbegleitgrün/Ortsrandeingrünung) Die Überstellung der straßen- und wegbegleitenden öffentlichen Grünflächen entlang der Frauenberger Straße erfolgt mit Gehölzen 1. Ordnung an den festgesetzten Standorten entsprechend der Artenliste 13.1 sowie den festgesetzten Mindestqualitäten.

9.3 Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern auf den privaten, nichtüberbaubaren Die Begrünung der planlich festgesetzten Pflanzflächen erfolgt zur Einbindung der Bauquartiere und zur Verbesserung der Lebensraumqualität mit lockeren Baum-/ Strauchpflanzungen (Arten entsprechend den Artenlisten 13.1, 13.2 und 13.3 sowie den festgesetzten Mindestqualitäten).

9.4 Stellplatzbegrünung

Je 8 PKW-Stellplätze ist mindestens ein Gehölz 1. oder 2. Ordnung zu pflanzen (Arten entsprechend den Artenlisten 13.1 und 13.2 sowie den festgesetzten Diese können beim Baumanteil unter Punkt 9.1 angerechnet werden. Die Baumscheiben sind mindestens 2 qm groß auszubilden.

10 PFLANZ- UND SAATARBEITEN

planlich festgesetzten Pflanzflächen.

Der Baumanteil beträgt mindestens 15%.

Die Bepflanzung der Freiflächen ist entsprechend den planerischen und textlichen Festsetzungen herzustellen, wobei im Bereich der Pflanzflächen ein Oberbodenauftrag von mindestens 0,40 m, im Bereich von Rasen- und Wiesenflächen von mindestens 0,15 m zu erfolgen hat. Pflanz- und Saatarbeiten in unmittelbarer Nähe von Gebäuden sind in der, nach ihrer Fertigstellung folgenden Pflanzperiode fachmännisch auszuführen.

11 PFLEGE DER GEHÖLZPFLANZUNGEN Die zu pflanzenden Gehölze sind zu pflegen und zu erhalten. Ausfallende Bäume und Sträucher sind nachzupflanzen, wobei die Neupflanzungen ebenfalls den festgesetzten Güteanforderungen zu entsprechen haben und in der nächstmöglichen Pflanzperiode zu pflanzen und artgerecht zu entwickeln sind.

12 FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH Die erforderlichen Ausgleichsflächen werden außerhalb des Geltungsbereiches

des Bebauungsplanes/ Grünordnungsplanes aus dem kommunalen Ökokonto der Gemeinde Adlkofen auf den gemeindeeigenen Grundstücksflächen Fl.Nr. 826 Teilfläche), Gemarkung Jenkofen und Fl.Nr. 406 (Teilfläche), Gemarkung Frauenberg, bereit gestellt. Geplante Maßnahmen auf Fl.Nr. 826:

Anlage extensiver Streuobstbestände aus Hochstämmen standortgerechter

Schafbeweidung Anlage einer wegebegleitenden Baumreihe Geplante Maßnahmen auf Fl.Nr. 406:

extensive Schafbeweidung

- Anlage einer wegebegleitenden Baumreihe 13 ARTENLISTEN

Bei der Gehölzverwendung ist auf das Einbringen autochthonen Pflanzmaterials, soweit verfügbar, zu achten. Innerhalb der Gewerbequartiere sind für Bepflanzungen 90 %, für Randeingrünungen im Übergangsbereich zur freien Landschaft 100 % standortgerechte, heimische Gehölze zu verwenden.

Gewöhnliche Esche

Gemeine Eberesche

Stiel-Eiche

Winter-Linde

13.1 Gehölze 1. Ordnung Einzelgehölz: H, 3 x v., mDB, 18-20, Straßenraumprofil, falls erforderlich Flächige Pflanzung: vHei, 200-250 bzw. 250-300 Acer platanoides Schwarz-Erle Alnus glutinosa Sand-Birke Betula pendula

Tilia cordata 13.2 Gehölze 2. Ordnung

Fraxinus excelsio

Quercus robur

Einzelgehölz: H, 3 x v., mDB, 16-18, Straßenraumprofil, falls erforderlich Flächige Pflanzung: vHei, 200-225 Acer campestre Carpinus betulus Hainbuche Malus sylvestris Prunus avium Pyrus pyraster Holz-Birne Sorbus aria

13.3 Sträucher vStr, mind. 4 Triebe, 60-100

und vergleichende Arten

Sorbus aucuparia

Cornus sanguinea Roter Hartriegel Corvlus avellana Pfaffenhütchen Euonymus europaeus Liqustrum vulgare Gemeiner Liguster Lonicera xylosteum Heckenkirsche Trauben-Kirsche Prunus padus Rhamnus frangula Hunds-Rose Sal-Weide Salix purpurea Purpur-Weide Salix viminalis Korb-Weide Syringa vulgaris Viburnum lantana Wolliger Schneeball und vergleichende Arten

13.4 Bodendecker

Alchemilla mollis Frauenmantel Brunnera macrophylla Kaukasus-Vergissmeinnicht Epimedium versicolo Elfenblume Hedera helix (in Sorten) Hypericum (in Sorten Johanniskraut Storchschnabel Geranium (in Sorten) Wald-Hainsimse Luzula sylvatica Lysimachia punctata Goldfelberich Pachysandra terminal Dickmännchen Potentilla (in Sorten) Fingerkraut Prunella grandiflora Braunelle Pulmonaria officinalis Echtes Lungenkraut Immergrün Vinca minor und vergleichende Arten.

TEXTLICHE HINWEISE

BODENSCHUTZ - SCHUTZ DES OBERBODENS. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN Bei baulichen und sonstigen Veränderungen des Geländes ist der anfallende Oberboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und so zu sichern, dass er jederzeit zu Kulturzwecken verwendet werden kann. Er ist in seiner gesamten Stärke anzuheben und in Mieten (max. 3,00m Basisbreite, 1,00m Kronenbreite, 1,50m Höhe, bei Flächenlagerung 1,00m Höhe) zu lagern. Oberbodenlager sind oberflächig mit Gründüngung anzusäen. Die Mieten dürfen nicht mit Maschinen be-

fahren werden. NACHBARSCHAFTSRECHT/ GRENZABSTÄNDE Bei allen Pflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Hecken sind die geltenden Regelungen des BGAGB Art. 47 bis 50 zu beachten und zu angrenzenden benachbarten Flächen nachfolgende Abstände einzuhalten: 0,50 m für Gehölze niedriger als 2,00 m Wuchshöhe 2,00 m für Gehölze höher als 2,00 m Wuchshöhe

DENKMALSCHUTZ Bei Erdarbeiten zu Tage kommende Keramik-, Metall- oder Knochenfunde sind umgehend dem Landratsamt Landshut bzw. dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege zu melden. § 8 Abs. 1 und 2 BayDSchG sind zu beachten.

LEUCHTMITTEL

Die Verwendung natriumbedampfter Leuchtmittel v.a. im Übergangsbereich zur freien Landschaft zum Schutze der Insekten wird angeraten.

FASSADEN- UND DACHBEGRÜNUNG Fassaden, Sichtschutz- sowie sonstige Architekturelemente sollten begrünt werden, wobei auf entsprechende Rank- und Kletterhilfen zu achten ist. Für Dachflächen sollte vor allem dann eine Extensivbegrünung angedacht werden, wenn der Versiegelungsgrad der Freiflächen hoch und es aus statischen Gründen

GRUNDWASSERSCHUTZ

Sofern Grundwasser ansteht sind bauliche Anlagen im Grundwasserbereich fachgerecht gegen drückendes Wasser zu sichern. Die Anzeigepflicht von Grundwasserfreilegungen nach § 49 WHG bzw. die Erlaubnis mit Zulassungsfiktion nach Art. 70 BayWG sind zu beachten. Werden wassergefährdende Stoffe gelagert, abgefüllt, umgeschlagen, hergestellt, behandelt oder verwendet, so ist dies anzuzeigen.

IMMISSIONSSCHUTZ Schallschutznachweis im Genehmigungsverfahren

Bei der Neuerrichtung und Änderung von Bauvorhaben bzw. im Genehmigungsverfahren sollte mit der Bauaufsichtsbehörde die Vorlage eines Lärmschutzgutachtens auf Basis der Ermächtigung der BauVorlV abgestimmt werden. Lage der Immissionspunkte

Westfassade Wohnhaus Fl. Nr. 89/4 (Außenbereich)

Nordwestgrenze Grundstück Fl. Nr. 54 (Allgemeines Wohngebiet) Nordfassade Wohnhaus Fl. Nr. 55/2 (Allgemeines Wohngebiet) Nordostfassade Wohnhaus Fl. Nr. 58/2 (Allgemeines Wohngebiet) IP 05 - Nord: Nordfassade Wohnhaus Fl. Nr. 64/6 (Mischgebiet) IP 05 - Ost: Ostfassade Wohnhaus Fl. Nr. 64/6 (Mischaebiet) Nordostfassade Wohnhaus Fl. Nr. 49/1 (Allgemeines Wohngebiet) Nordostfassade Wohnhaus Fl. Nr. 37/3 (Allgemeines Wohngebiet)

PRÄAMBEL

Die Gemeinde Adlkofen erlässt aufgrund §§ 1-4 sowie § 8 ff. Baugesetzbuch (BauGB), Art. 81 Bayerische Bauordnung (BayBO) und Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Fassung diese 4. Änderung des Bebauungsplanes "GE an der Landshuter Straße - Erweiterung" als Satzung. Sie ersetzt den rechtskräftigen Bebauungsplan aus dem Jahre 2012 und seine bisherigen Änderungen.

/H max. 7,50 m

N SD/PD/FD, max. 24

FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

1. Räumlicher Geltungsbereich

1.1 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans

2. Art der baulichen Nutzung

2.1 Mischgebiet (Planzeichen mit Nummerierung der Baugebietsteilfläche)

Gewerbegebiet
(Planzeichen mit Nummerierung der Baugebietsteilfläche) 2.3 Gewerbegebiet mit Einschränkungen (Planzeichen mit Nummerierung der Baugebietsteilfläche)

2.4 ••• Abgrenzung von Baugebietsteilflächen Fläche für den Gemeinbedarf:

Bauhof und Feuerwehr

3. Überbaubare Grundstücksflächen, Einschränkungen

3.1 Baugrenze (die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt)

3.2 beschränkt bebaubarer Bereich (Waldabstand, siehe textliche Festsetzung Nr. 4.2)

4. Verkehrsflächen

öffentliche Verkehrsfläche

4.2 öffentlicher Parkplatz 4.3 — öffentlicher Fußweg 4.4 Straßenbegleitgrün

4.5 — Straßenbegrenzungslinie

Sichtdreieck: innerhalb der Sichtdreiecke darf die Sicht ab 0,80 m über der Fahrbahnebene durch nichts beeinträchtigt werden.

5.1 Regenrückhaltebecken

6. Grünordnung; Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

öffentliche Grünfläche 6.2 private Grünfläche

Ortsrandeingrünung und Regenrückhaltung Pflanzfläche zur Randeingrünung

Nord

Baugebiet M 1:1000

Lageplan Schallschutz-Bezugsflächen M 1:2.500

6.3 zu erhaltender Baum 6.4 o zu pflanzender Baum

6.5 zu erhaltende Gehölzgruppe

6.6 zu pflanzende Gehölzgruppe

SONSTIGE PLANZEICHEN

1. Bestandsdarstellung 1.1 937/2 Flurstücksnummer

1.2 Maßangabe in Metern 1.3 Höhenlinie mit Höhenangabe in m über NHN Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung 2014

1.4 | Biotop 160-001

2. Immissionsschutz (Lageplan M 1:2.500)

Bezugsfläche für immissionswirksame flächenbezogene Schallleistungspegel (IFSP; vgl. textliche Festsetzung Nr. 5)

2.2 * Immissionspunkt (IP;vgl. textliche Festsetzung Nr. 5) 2.3 50 dB(A)-Isophone



max. 7,50 m

DN SD/PD/FD, max. 24

GEs.2

79 513

Gemeinde Adlkofen Bebauungsplan GE an der Landshuter Straße - Erweiterung 4. Änderung

H max. 7,50 m

SD/PD/FD, max. 24°

VERFAHRENSVERMERKE

am 1. Juli 2019 1. Änderungsbeschluss gefasst

in der Fassung vom 3. September 2020 (§ 3 Abs. 2 BauGB) 3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange in der Fassung vom 3. September 2020

2. Öffentlichkeitsbeteiligung

(§ 4 Abs. 2 BauGB) Hinweis: von der Durchführung einer Umweltprüfung wurde abgesehen.

4. Satzungsbeschluss in der Fassung vom 3. September 2020 am 14. Dezember 2020 Die nach § 13 BauGB erfolgte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes unterliegt nicht der Genehmigungs- und Anzeigepflicht (§ 246 Abs. 1a BauGB).

Adlkofen, den

Die ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses erfolgte am dabei wurde auf die Rechtsfolgen der §§ 44 und 215 BauGB sowie auf die Einsehbarkeit der Planung hingewiesen. Mit der Bekanntmachung trat der Bebauungsplan in der Fassung vom 3. September 2020 mit Begründung vom 14. Dezember 2020 in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Adlkofen, den Erste Bürgermeisterin Rosa-Maria Maurer (Siegel)

gefertigt am 3. September 2020

architekturbüro pezold·Wartenberg

vom 9. November 2020 bis 8. Dezember 2020

vom 10. September bis 31. Oktober 2020

Erste Bürgermeisterin Rosa-Maria Maurer (Siegel)

Verfahrensvermerke vom 22. Dezember 2020